

Die Regierung will die AUVA zerschlagen!

Die AUVA versichert die Risiken bei Ausbildung und Arbeit

Alle Arbeiterinnen, Angestellten, freie DienstnehmerInnen und geringfügig Beschäftigte sind unfallversichert. Den Beitrag zur Unfallversicherung zahlen die Unternehmer. Hintergrund: Wenn ein Unfall passiert, bezahlen die Unternehmen in Solidarhaftung die Rehabilitation, weil sie ja auch davon profitieren, nämlich z.B. in teure Ausbildung nicht nochmals investieren müssen. Die Gewährleistung des Haftungsausschlusses war eines der Gründungsmotive für die Unfallversicherung vor 130 Jahren. **Dieses „Haftungsprivileg“ schützt die Unternehmen vor hohen Kosten und Strafen und sichert den Betroffenen medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation**, gemäß dem gesetzlichen Auftrag „mit allen geeigneten Mitteln“.

AUVA – alles aus einer Hand

Das Gesamtsystem aus den vier Säulen Prävention, Unfallheilbehandlung in eigenen Einrichtungen, Rehabilitation in eigenen Zentren und finanzielle Entschädigung sichert maximale Synergien durch interdisziplinäre Zusammenarbeit. Durch die Vernetzung aller Säulen der AUVA profitieren nicht nur die Verunfallten. Sie beugt auch Unfällen und Berufskrankheiten vor: **Präventionsmaßnahmen der AUVA haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Anzahl der Arbeitsunfälle seit 1990 fast halbiert wurde!**

MitarbeiterInnen, UKH und REHA

Die AUVA hat fast 5 Millionen KundInnen und versorgt mehr als 350.000 Unfallopfer jährlich in Österreich mit top ausgebildetem und motiviertem Personal, in Summe rund 5.800 Beschäftigte.

Die Erfolge der Vergangenheit zeigen, dass volkswirtschaftlich gesehen die Strukturen der AUVA – etwa bei der Prävention der arbeitsbedingten Erkrankungen – ausgebaut werden sollten – nicht gekürzt oder zerschlagen, wie das jetzt das FPÖV-Regierungsprogramm im Auftrag der Industrie vorsieht.

Todesstoß für die AUVA – 40% weniger Einnahmen!

Laut Regierung soll der AUVA-Beitrag um 500 Mio. Euro im Jahr gesenkt werden, um die Wirtschaft zu entlasten („Lohnnebenkostensenkung“), bzw. von derzeit 1,3% auf 0,8% der Bruttolöhne. Sollte diese „Reform“ der AUVA bis Ende 2018 nicht gelingen, soll die AUVA aufgelöst und ihre Leistungen in die Kranken- oder Pensionsversicherung übergeführt werden. Dort würden dann die Kosten die Arbeiter- und Angestellten selbst bezahlen müssen.

Beitragssenkungen führen zu Leistungskürzungen (z.B. steigende Wartezeiten bei Operationen, MRI-Untersuchungen oder Therapien), da Leistungskürzungen im Dienstleistungsbereich Personalkürzungen sind. Auch der Einsatz von Fremdpersonal sowohl im Arbeiterbereich als auch bei zugekauften Leistungen in der Prävention ist nicht günstiger, bringt keine Kosteneinsparungen, wenn man den Gesamtnutzen in den Bereiche Patientensicherheit, Störungsfreiheit und Brandschutz betrachtet.

Die geforderten Beitragssenkungen führen zu einem Einnahmenschwund in Höhe von 500 Mio. Euro. Das ist weit mehr, als die AUVA gegenwärtig für alle ihre medizinischen Einrichtungen aufwendet (295 Mio. Euro). Der Nettoaufwand im Jahr 2016 für alle sieben Unfallkrankenhäuser (UKH) betrug 223 Mio. Euro, für alle vier

REHA-Zentren 62 Mio. Euro. Insgesamt übersteigt der Einnahmenschwund von 500 Mio. Euro auch den Aufwand für die Prävention und den Verwaltungsaufwand der AUVA.

Wer gewinnt, wer verliert?

Einer kleinen Firmen, z.B. bei einem Angestellten mit 2 Kindern und einem monatlichen Bruttogehalt von 2.000 Euro würde die geplante Senkung des UV-Beitrages 10 Euro im Monat bringen. Anders schaut das bei den Großunternehmen aus. Zum Beispiel bei KTM. Deren Chef hat ja bekanntlich bei den letzten Wahlen der ÖVP 436.563 Euro gespendet. KTM hat in Österreich ca. 4.000 MitarbeiterInnen. Bei 30 Euro durchschnittlichem UV-Beitrag/Person/Monat erspart sich KTM bei einer Senkung des AUVA-UV-Beitrags von 1,3 auf 0,8% monatlich 48.000 Euro! Die KTM-Spende an die ÖVP rechnet sich also nur durch den UV-Beitrag nach 9 Monaten! Für die restlichen 51 Monate der auf 5 Jahre angelegten Regierungszeit von Schwarz-Blau hätte allein KTM einen AUVA-Gewinn von fast 2,5 Mio. Euro!

Gefahr für die Gesundheit der arbeitenden Menschen

Die Zerstörung der AUVA durch den angekündigten Mittelentzug würde buchstäblich eine Gefahr für die Gesundheit der arbeitenden Menschen sowie die Unfallopfer in Österreich bedeuten, so Rudolf Silvan, Vorsitzender des Landesstellenausschusses der AUVA-Landesstelle Wien, NÖ, Bgld.: „Wir dürfen es nicht zulassen, dass ArbeitnehmerInnen in diesem Land zukünftig eine schlechtere medizinische Betreuung erfahren!“

Quellen: AUVA ZBR, ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm, ÖGB, GPA-djp, Hauptverband der Sozialversicherungsträger, APA, Wifo.

<http://prosv.akis.at> * oesolkom@gmx.at

**Wo bleibt die aktive Zurückweisung der Angriffe auf die AUVA durch SPÖ, ÖGB, AK?
Was geschieht mit den 5.800 Beschäftigten? Stillhalten ist die falsche Antwort!**

Widerstand – jetzt!